

Wenn der Aktivismus zur Bekämpfung politischer Gegner staatlich subventioniert wird

Veröffentlicht am 24.11.2022 | Lesedauer: 12 Minuten



Von **Frank Lübberding**
Freier Autor



Wie liberal ist sein Zentrum Liberale Moderne? Ralf Fücks

Quelle: Martin U. K. Lengemann

Unser Mediensystem ist zum Schlachtfeld geworden: Aktivistische Plattformen wie „Volksverpetzer“ und „Gegneranalyse“ dienen der Denunziation politischer Feinde. Finanziert werden solche Angriffe auch mit Steuergeldern – und das ausgerechnet über das Zentrum Liberale Moderne des Grünen-Politikers Ralf Fücks.

Ulrike Guérot gehörte in der Europapolitik zu einer der profiliertesten deutschen Politikwissenschaftlerinnen. Sie wurde von allen wichtigen Institutionen eingeladen – ob zu einem Gespräch mit Alfred Grosser (<https://www.fes.de/politik-fuer-europa/detailseite-demokratisches-europa/warum-europa-eine-republik-werden-muss-eine-politische-utopie>) bei der Friedrich-Ebert-Stiftung oder von der namhaften Alfred Herrhausen Gesellschaft (<https://herrhausen-weiter-denken.de/artikel/die-vision-eine-europaeische-republik/>). Stimmen, die Guérot kritisierten, waren lange vergleichsweise selten. So tadelte Alexander Kissler relativ einsam im „Cicero“ (<https://www.cicero.de/aussenpolitik/1933-vergleich-ulrike-guerot-wahl-grossbritannien-eu-twitter/plus>) ihre Wortwahl in der Nacht des 12. Dezember 2019, als der

damalige britische Premierminister Boris Johnson einen triumphalen Wahlsieg feierte: Frau Guérot fühlte sich an den 30. Januar 1933 erinnert.

Die leidenschaftliche Pro-Europäerin war damals noch der Liebling der linksliberalen Presse. Allerdings nur bis zum Beginn der wenige Wochen nach Johnsons Wiederwahl ausgebrochenen Corona-Pandemie: Seitdem gilt ihr leidenschaftliches Eintreten für pandemie-politische Besonnenheit und Freiheitsrechte in den gleichen Kreisen als verdächtig. So wurde ihr vor wenigen Tagen erschienenenes Buch über das „Endspiel Europa“

(<https://www.westendverlag.de/buch/endspiel-europa-2/>) zum Skandal, weil sie darin laut einem Experten für österreichische Narrative

(<https://twitter.com/ArminWolf/status/1586488324960784384>) die Narrative des russischen Präsidenten vertreten habe.



Die anschließende Debatte führte zu einer Presseerklärung der Universität Bonn (<https://www.uni-bonn.de/de/neues/stellungnahme-zu-oeffentlichen-aeusserungen-eines-mitglieds-der-universitaet>). Dort wurde die nicht namentlich genannte Ulrike Guérot zur Ordnung gerufen: Es gehöre zu den „allgemeinen Standards guter wissenschaftlicher Praxis“ namentlich „spekulative, nicht wissenschaftlich belegbare Behauptungen zu unterlassen“. Nähme man das ernst, wäre von Seiten der Universität jede Äußerung über den Ukrainekrieg zu unterlassen – denn dessen Entstehungsgeschichte kann wegen des fehlenden Zugangs zu den relevanten Quellen noch gar nicht wissenschaftlich untersucht werden. Trotzdem dürfen Mitarbeiter der Universität Bonn eine politische Meinung zum Krieg haben, ob es sich um die Raumpflegerin oder den Universitätspräsidenten handelt. Erstere haben manchmal sogar das bessere politische Urteilsvermögen.

In der analogen Welt fanden politische Auseinandersetzungen vor Ort statt, nicht zuletzt an den Universitäten. Im digitalisierten Mediensystem gibt es dagegen ungeahnte Möglichkeiten zur politischen Kampagne: In seiner niederträchtigen Form dient es der gesellschaftlichen Vernichtung des politischen Gegners. Zum repräsentativen Beispiel für heutiges Kampagnen-Marketing wurde zuletzt ein Klimaschützer-Event in der Autostadt in Wolfsburg. Einige Aktivisten besetzten unter dem Label „Scientist Rebellion“ den Porsche-Pavillon, um dort ihren Unmut über den Wolfsburger Automobilkonzern auszudrücken.

In diesem Gruppenbild mit Sportwagen wurde der Lobbyismus beklagt und Tempo 100 auf Autobahnen gefordert. Eine besondere Aufmerksamkeit wurde dieser Aktion zuteil, weil die Autostadt

den Festgeklebten die Fürsorglichkeit verweigerte. In Wolfsburg stellten die Verantwortlichen das Licht ab und die Heizung aus. Der heroische Klimakampf (https://twitter.com/SciReb_Germany/status/1583176375355158528) endete im Katzenjammer (<https://twitter.com/DanielBenedict8/status/1583484363907698688>) über das Gelächter der politischen Feinde.

Der ebenfalls das Klima für sich reklamierende Twitter-Account „Letzte Generation“ bewirft dagegen Bilder mit Kartoffelbrei. Die Aufmerksamkeit ist ihm in den Medien auch ohne Fürsorglichkeit sicher, die Begründung fürs Kleben und Werfen ist aber immer die Gleiche: Pakistan.

Der Klimawandel als globales Phänomen lässt sich nämlich fast mit jedem beliebigen Ereignis in Verbindung bringen. In der Wissenschaft werden Sturzfluten und Hochwasser allerdings differenzierter betrachtet (</debatte/kommentare/plus239934273/Extremwetter-Wir-brauchen-klimafreundlichen-Humanismus-statt-inhumanem-Klimatismus.html>): Nicht jedes Hochwasser führt ins Desaster. Ob es zu einem solchen kommt, hängt auch von der Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes ab – wobei Politiker verständlicherweise lieber über den Klimawandel als über das eigene Versagen reden. Medial geschulte „Volksverpetzer“ – so der Name eines aktivistischen Blogs (<https://www.volksverpetzer.de/>), das aus Spenden finanziert wird und sich vor allem der medialen Diskurskontrolle widmet – kommen ihnen dabei sofort mit vermeintlichen „Faktenchecks“ (<https://www.volksverpetzer.de/bericht/welt-klimawandel/>) zur Hilfe, ganz ohne zu werfen oder zu kleben.

Leider hat unsere Klimapolitik kaum Einfluss auf das Wetter in Pakistan und den Klimawandel im Rest der Welt. Unsere Emissionen sind fast bedeutungslos für die zukünftige Entwicklung, weshalb selbst unser ökonomischer Zusammenbruch nur die eigene Bedeutungslosigkeit beschleunigen würde. Aus diesem Grund wurde der „Klimawandel“ rhetorisch zur „Klimaerhitzung“ aufgerüstet, was aber nur ein neues Etikett für die mediale Diskurserhitzungsmaschine ist. Es könnte auch irgendetwas anderes draufstehen. Denkbar sind „Diversität“, „Solidarität mit der Ukraine“, „Geschlechtergerechtigkeit“ oder „Maskenpflicht“ – die Parolen sind austauschbar, wenn es um die Brandmarkung abweichender Meinungen geht.

In rational diskutierenden Gesellschaften macht es keinen Sinn, epidemiologische Sachfragen wie die nach der Notwendigkeit einer Maskenpflicht zum Glaubensbekenntnis zu erklären. Letzteres ergibt hingegen sehr viel Sinn, wenn es die Unterscheidung von Freund und Feind ermöglichen soll. Es geht dann um die Definition von Zugehörigkeit und den Ausschluss feindlicher Elemente aus dem Diskurs. Ohne Orwellsche Begriffsverdrehungen wie „Zwang ist die wahre Freiheit“ kommt der Neo-Totalitarismus aber nicht aus: Im Prinzip soll es weiterhin die Meinungsfreiheit geben, aber eben nicht für „Klimaleugner“ oder „Coronaleugner“. In den „Worten des Vorsitzenden Mao Tse-Tung“

([/kultur/article232147005/Mao-Bibel-Die-heilige-Schrift-der-erfolgreichsten-Partei-der-Welt.html](#)) von 1968 hörte sich das so an: „Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen.“

Die Zerstörung des Diskurses

Mao kannte nicht die Möglichkeiten der sozialen Netzwerke. In einem totalitären System bieten sie ungeheure Möglichkeiten zur Disziplinierung, weil sie die Zerstörung sozialer Bindungen ermöglichen. Die Vereinzelung ist die Voraussetzung zur Einschüchterung von Opponenten. Unser Mediensystem ist aber erst zum Schlachtfeld geworden, als ursprünglich kritisch gemeinte Begriffe wie „Fake News“ oder „Framing“ selbst zu Kriegswaffen wurden. Wer also glaubt, dass es heute noch um den offenen Diskurs in einer freiheitlichen Grundordnung geht, unterliegt einem Irrtum: Es geht um dessen Zerstörung, weil Sachfragen keine Rolle mehr spielen. So wird der Klimawandel längst als „Klimakatastrophe“ mit der Wahndee einer Selbstzerstörung der Menschheit etikettiert. Auf dieser Grundlage lässt sich nicht mehr rational diskutieren, weil das Ergebnisoffenheit voraussetzte. Aber wie soll es diese geben, wenn eine Seite diese prinzipiell bestreitet?

Was das in der Praxis bedeutet, war an der Universität Witten-Herdecke zu erleben. Dort hatte sich eine Arbeitsgruppe namens „Das Ich im Wir: Corona und die eigene Existenz (<https://www.das-ich-im-wir.info/>)“ gegründet. Die Initiatoren sprachen sich für „Pluralität und Diskurs in der Corona-Krise“ aus. Sie planten einen Kongress zu diesem Thema mit dem vielversprechenden Titel „Die Würde des Menschen – (un)antastbar?“

In einem pluralistischen System ist der Austausch kontroverser Positionen die Regel, ansonsten hätte man nur eine Perspektive. So wurde zu dem Kongress etwa der Bochumer Verfassungsrechtler Stefan Huster eingeladen, der aus seiner Arbeit in der [Evaluierungskommission zur Corona-Politik](#) (<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/s/sachverstaendigenausschuss-infektionsschutzgesetz.html>) berichten sollte. An ihrem Bericht wirkten auch umstrittene Experten wie der Saarbrücker Pharmakologe Thorsten Lehr mit, obwohl die Kernkompetenz des modellierenden Apothekers eher in der [Vermarktung von Horrorprognosen](#) (</regionales/rheinland-pfalz-saarland/article236399155/Experte-rechnet-Mitte-Februar-mit-Inzidenz-bis-zu-3000.html>) zu finden ist.

In Witten-Herdecke wurde nicht nur der Jurist Huster eingeladen, sondern auch der Hannoveraner Ökonom Stefan Homburg und die Bonner Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot. Beide gelten ebenfalls als umstritten, was bei einem hochkontroversen Thema wie der Pandemie-Politik erst einmal nichts Ungewöhnliches ist. Nun hätte der Verfassungsrechtler Huster hier eine gute Gelegenheit gehabt, seine intellektuellen Fähigkeiten zu einer kritischen Auseinandersetzung mit dem

von ihm wenig geschätzten Kollegen Homburg einzusetzen. Eine kraftvolle Widerlegung hätte wohl beiden nicht gefallen, die Erkenntnis aber vorangebracht – schließlich sollte Homburg zu dem Thema „Was mich in zwei Coronajahren am meisten beeindruckt hat“ referieren.

Leider wollte Huster nicht auf einem Podium beeindrucken. Stattdessen informierte er den Journalisten Matthias Meisner, früher beim „Tagesspiegel“ beschäftigt. Huster schickte Meisner seinen – dann prompt beim „Volksverpetzer“ veröffentlichten (<https://www.volksverpetzer.de/querdenker/ikonen-der-querdenker-szene-sollen-bei-tagung-an-hochschule-in-witten-sprechen/>)– Briefwechsel mit einem der Wittener Veranstalter, in dem er mit virtuell bebender Stimme seiner Empörung Luft macht. Bei Meisner war die Korrespondenz in guten Händen, denn seine Kernkompetenz ist die Suche und Markierung politischer Feinde. Dieses Engagement hat ihn zu einem geschätzten Aktivisten bei einer Nichtregierungsorganisation namens „Zentrum Liberale Moderne“ (<https://libmod.de/>) gemacht.

Mit dieser 2017 gegründeten „Denkfabrik“ haben sich die beiden bestens vom Staat versorgten Grünen-Politiker Ralf Fücks und Marieluise Beck eine Plattform geschaffen, die ihre liberale Staatsferne vor allem durch staatliche Förderung unter Beweis stellt. Der Journalist Friedrich Küppersbusch hat die vielfältigen, in dieser Hinsicht sehr erfolgreichen Bemühungen des Zentrums in einem Video erläutert (<https://www.youtube.com/watch?v=iZ-iEEfBGt0>). Mittlerweile gab es auch zwei parlamentarische Anfragen der AfD (<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-909970>) und der Linken (<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-910664>) zum Umfang der Subventionierung.

Beck, einst Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, und Fücks, ehemals Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung, profitierten ganz buchstäblich von ihren guten Beziehungen in die Politik. Laut der Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Linken wurde das Zentrum seit 2018 für 24 Projekte mit 4.472.572,56 Euro gefördert. Diese viereinhalb Millionen kamen aus dem Bundesfamilienministerium, aus dem Bundesinnenministerium (über die Bundeszentrale für politische Bildung), dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, dem Auswärtigen Amt und dem Bundespresseamt.

Betreutes Denken

In diesem hochentwickelten Subventionsnetzwerk hat auch der Kollege Meisner seinen Platz gefunden. Er arbeitet für den Sektor „Gegneranalyse“ (<https://gegneranalyse.de/>) des Zentrums Liberale Moderne. Der dort praktizierte Aktivismus zur Bekämpfung politischer Gegner wird vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend für 2021 und 2022 unter dem Projektnamen „Demokratie leben“ (<https://www.demokratie-leben.de/>) mit 316.211,47 Euro

unterstützt. So lässt sich das Zentrum Liberale Moderne aus Bundesmitteln eine eigene Abteilung zur Brandmarkung politischer und medialer Gegner finanzieren. Angeblich geht es dabei um die „Gegner der offenen Gesellschaft“. Gemeint sind damit aber nicht etwa Social-Media-Aktivistinnen wie der „Volksverpetzer“, der in der Pandemie unverhohlen Propaganda für die No-Covid-Ideologie (<https://www.volksverpetzer.de/kommentar/laender-nocovid-umgesetzt/>) betrieb, wie sie mit den Überzeugungen einer offenen Gesellschaft – und nebenbei auch mit unserer Verfassung – kaum zu vereinbaren ist.

Auch geht es nicht um führende Nachrichtenmagazine und öffentlich-rechtlicher Sender, die in der Corona-Krise plötzlich Ausgangssperren, Schulschließungen und andere Attacken auf den liberalen Rechtsstaat forderten. Nein, es geht in der „Gegneranalyse“ um ein klar umrissenes Feld von „Gegenmedien“ (https://gegneranalyse.de/wp-content/uploads/gegneranalyse_Feldanalyse.pdf), die, so die „Feldanalyse“, vor allem durch die „Proteste gegen die Corona-Maßnahmen“ geprägt worden seien – darunter neben offensichtlichen Propagandaformaten wie „RT“ auch inhaltlich streitbare, aber sicher nicht verfassungsfeindliche Alternativmedien wie die „Achse des Guten“, „Tichys Einblick“ und die „Nachdenkseiten“, denen sogar eine umfangreiche eigene Akte (<https://gegneranalyse.de/fallstudie-1-nachdenkseiten/>) gewidmet wird. Dass auch solche Positionen zum Meinungsspektrum einer liberalen Demokratie gehören, scheint für die „Gegneranalyse“ nicht selbstverständlich zu sein.

Man muss es so deutlich formulieren: Die „Gegneranalyse“ spielt Verfassungsschutz – und das im Auftrag eines grünen Thinktanks, bezahlt mit Steuergeldern. Der offizielle Projektname lautet: „Gegen-Medien: Parallelöffentlichkeit und Radikalisierungsmaschine zur Delegitimierung der repräsentativen Demokratie.“ Warum ausgerechnet die „Nachdenkseiten“ (<https://www.nachdenkseiten.de/>), ein ursprünglich aus dem Gewerkschaftsmilieu stammender Blog, die repräsentative Demokratie beschädigen sollen, bleibt unklar. Wohl aber darf sich der mündige Bürger fragen, ob es sich bei der Erstellung solcher staatlich subventionierter „Schwarzer Listen“ nicht um einen Eingriff in die Presse- und Meinungsfreiheit handelt – und ob eine Zweckentfremdung öffentlicher Mittel für parteipolitische Ziele der Demokratie nicht Schaden zufügt.

Offenbar wollte Meisner diese komplizierten Verflechtungen in seiner Korrespondenz mit dem Wittener Veranstalter Peter Gaidzig nicht so genau offenlegen. Er stellte sich lieber als „freier Journalist“ vor, der unter anderem für die „taz“ (<https://taz.de/Matthias-Meisner/!a79786/>) arbeite. Was wiederum eine gewisse Plausibilität hat, weil im Zentrum Liberale Moderne auch frühere „taz“-Kollegen ihr Auskommen gefunden haben. So gibt es dort ein Projekt namens „Ostklick“ (<https://www.ost-klick.de/>), das vom Bundesinnenministerium, der Bosch-Stiftung und erneut von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördert wird (<https://twitter.com/ostklick>). Dort geht um eine Art betreutes Denken für Russland-Deutsche. So machte „Ostklick“ am 14. November eine

gemeinsame Veranstaltung (<https://twitter.com/AmadeuAntonio/status/1583729881254219776>) mit der Amadeu-Antonio-Stiftung, die wiederum vom Bundesministerium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren gefördert wird (<https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/ueber-uns/transparenz/>). Die Stiftung ist sehr transparent bei der Erläuterung ihrer Möglichkeit, 80 hauptamtliche Mitarbeiter zu finanzieren: Es reichen ihnen drei übersichtliche Bildschirmseiten. In der Kürze liegt die Würze, vor allem wenn es um das liebe Geld geht. Auch Idealisten müssen ihren Lebensunterhalt finanzieren.

Subventioniertes Generalmisstrauen

Immerhin wies Meisner bei seiner Kontaktaufnahme auf das von ihm 2021 herausgegebene Werk „Fehlender Mindestabstand: Die Coronakrise und die Netzwerke der Demokratiefeinde“ hin. Dort beschäftigten sich 41 Autoren mit der Identifikation coronapolitischer Feinde (https://www.herder.de/geschichte-politik/shop/p4/71056-fehlender-mindestabstand-klappenbroschur/?gclid=Cj0KCQiA1NebBhDDARIsAANiDD0UwId1YRKOVwgl-dl-LiDrX5Z2eFZr84T_COldshg1RzP712GivyAaAi_UEALw_wcB), keineswegs mit der Pandemie selbst. Einer der Autoren war Ralf Fücks, der sich mit dem „Generalmisstrauen in die demokratischen Institutionen“ beschäftigte. „Corona-Protestbewegung: Die neue Querfront?“, so die besorgte Frage aus dem Zentrum liberaler Subventionswirtschaft. Wer nach politischen Feindbildern sucht, wie sie in der Corona-Pandemie Konjunktur hatten, wird in diesem Buch jedenfalls bestens versorgt – und das sogar für den Spottpreis von nur zwei Euro bei der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg (<https://www.politische-bildung-brandenburg.de/publikation/fehlender-mindestabstand>).

Um die seiner Meinung nach allzu offene Diskussionsveranstaltung in Witten-Herdecke öffentlichkeitswirksam zu attackieren (<https://www.volksverpetzer.de/querdenker/ikonen-der-querdenker-szene-sollen-bei-tagung-an-hochschule-in-witten-sprechen/>), wählte der staatlich subventionierte Gegneranalytiker Matthias Meisner die Plattform „Volksverpetzer“, deren Reputation vor allem aus einer lobenden Erwähnung durch Christian Drost (https://twitter.com/c_drosten/status/1395663187618455553?lang=de) besteht. Der Berliner Virologe hatte schon früh die Methoden derjenigen demonstriert, die die Medien als ihr Schlachtfeld nutzen: Dabei ging es um die kritische Stellungnahme (<https://schrapppe.com/ms2/akt24.htm>) einer Arbeitsgruppe um den Kölner Gesundheitswissenschaftler Matthias Schrappe. „In diesen Tagen“, so Drostens Drohung an Schrappe in einer publik gewordenen E-Mail (</kultur/plus232088383/Intensivbetten-Recherche-Der-Fall-Schrapppe.html>) aus dem Mai 2021, „werden die Medien dieses und auch frühere Machwerke Ihrer Gruppe analysieren.“ Mit „Machwerken“ meinte er die Empfehlungen der Arbeitsgruppe, deren Substanz jeder Leser selbst beurteilen kann. Schrappe war übrigens auch Mitglied in jener Expertengruppe, die im Sommer 2022 einen kritischen Evaluierungsbericht ([<https://www.welt.de/kultur/plus242119813/Zentrum-Liberale-Moderne-Wenn-politischer-Aktivismus-staatlich-subventioniert-wird.html>](/politik/deutschland/plus239672507/Corona-</p>
</div>
<div data-bbox=)

[Evaluierungsbericht-Eine-Generalabrechnung-mit-der-Politik-und-dem-RKI.html](#)) zur Corona-Politik erstellte – auch wenn Stefan Huster, der Vorsitzende dieser Gruppe, zwischenzeitlich Zweifel daran äußerte ([/politik/deutschland/plus239285057/Corona-Massnahmen-Zittern-vor-dem-Covid-Zeugnis.html](#)), die Gruppe könne ihren vom Bundestag erteilten Evaluierungsauftrag fristgerecht erfüllen.

Aus Klimaschützern, von Regierungsgeldern lebenden Nichtregierungsorganisationen, deren mit pseudowissenschaftlichem Anspruch verbrämten Projekten wie „Gegneranalyse“ und assoziierten Medienschaffenden ist ein Netzwerk entstanden, das vor allem einen Zweck hat: die politische Macht der Grünen zu befördern. Die Partei hält mit ihrem Zugriff auf staatliche Ressourcen dieses Netzwerk funktionsfähig, was sich nicht zuletzt durch personelle Schnittstellen ausdrückt. So ernannte ([/politik/deutschland/article236764285/Greenpeace-Chefin-Morgan-wechselt-ins-Auswaertige-Amt-zu-Baerbock.html](#)) Bundesaußenministerin Annalena Baerbock die Greenpeace-Chefin Jennifer Morgan zu ihrer Staatssekretärin, was aber nur ein kleines Teil im Lobby-Puzzlespiel ([/politik/deutschland/article236778413/Jennifer-Morgan-Kritik-von-der-Union-an-Baerbock-Personalie-Gruene-Heuchelei-in-Sachen-Lobbyismus.html](#)) ist.

Denn diese Partei will unter Nutzung ihrer Hilfwilligen in den Medien allein darüber entscheiden, wer als „Demokrat“ gilt und wer nicht. Das gelingt auch – etwa, wenn eine harmlose Veranstaltung wie die in Witten-Herdecke geplante Corona-Diskussion nach medialem Druck durch Meisner und „Volksverpetzer“ von der dortigen Universitätsleitung abgesagt und so kommentiert wird (<https://www.uni-wh.de/detailseiten/news/universitaet-wittenherdecke-gibt-der-querdenker-szene-keinen-raum-9572/>): In „verschiedenen Medien und sozialen Netzwerken“ sei „zum Teil sehr kontrovers über die Tagung ‚Die Würde des Menschen – (un)antastbar?‘ berichtet“ worden. Dabei sei „die UW/H inhaltlich auch mit der sogenannten Querdenkerszene in Verbindung gebracht“ worden. „Wir möchten deshalb noch einmal klipp und klar zum Ausdruck bringen, was für jede akademische Institution unseres Landes eine Selbstverständlichkeit zu sein hat: Die Universität Witten/Herdecke distanziert sich in aller Entschiedenheit von den Meinungen, Positionen und Narrativen der Querdenkerszene.“

Es wurde aber offenbar allein im grünen Netzwerk zur Markierung politischer Feinde diskutiert. Und es ging noch weiter: Laut Universität Witten-Herdecke hätten „wir einen Punkt erreicht, an dem die Universität unter dem Deckmantel der Wissenschaftlichkeit missbraucht werden kann, indem sie nachweislich widerlegten Aussagen eine unkritische Bühne bietet“, so Martin Butzlaff, Präsident der UW/H. „Dies können und wollen wir nicht tolerieren.“

Natürlich ist völlig unklar, was Butzlaff mit „nachweislich widerlegt“ meint. Vielleicht die Sottisen eines Christian Drost, der sich mit den Denunzianten vom „Volksverpetzer“ die medialen Bälle

zuspielte? Tatsächlich drehte sich die Kontroverse um die Podiumsdiskussion nie um die inhaltlichen Positionen von Stefan Homburg oder Ulrike Guérot. Vielmehr sollte an den Veranstaltern ein Exempel statuiert werden, um Kritiker durch Einschüchterung zum Schweigen zu bringen. Es handelt sich um den Angriff gut organisierter Netzwerke auf die freiheitliche Verfassung unserer Gesellschaft – subventioniert vom Steuerzahler. Dass ausgerechnet eine Stiftung, die sich selbst als „liberal“ bezeichnet, die Plattform für solche Kampagnen bildet, ist ein Skandal.

Teilen Sie die Meinung des Autors?

JA  2246 **NEIN**  80

Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/242119813>